

«Jetzt stellt sich die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus»

Interview: **Markus Diem Meier**. Aktualisiert am 09.11.2011 **157**

Der Unternehmensberater und ehemalige Chefökonom der UBS, Klaus Wellershoff, über fehlende Alternativen zum strikten Sparkurs Italiens, die Brutalität der EZB und den Wandel des Wirtschaftssystems.



«Die EZB greift fast schon mit skrupelloser Brutalität in die Märkte ein»: Ökonom Klaus Wellershoff.
Bild: Keystone

Zur Person

Klaus W. Wellershoff war ab 1997 **Chefökonom der UBS** und leitete ab 2003 zudem das Research der Division Wealth

Heute hat die Rendite von italienischen Staatsanleihen die Grenze von 7 Prozent deutlich überschritten. Viele Analysten sind der Meinung, Werte über 6 Prozent machen die Schulden Italiens untragbar. Was meinen

Management und Business Banking. Von 2003 bis 2009 war er Mitglied des Group Management Boards.

Nach seinem Abgang bei der UBS gründete er die **Unternehmensberatung Wellershoff & Partners**. Er studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre in St. Gallen und ist Mitglied des Geschäftsleitenden Ausschusses der **Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie** an der Hochschule St. Gallen.

Artikel zum Thema

Italien-Schock reisst Börsen in die Tiefe
Der wichtigste Satz der Eurokrise
«Berlusconis Zeit ist abgelaufen»
Talfahrt setzt Pensionskassen zu
US-Notenbank hält sich alle Türen für
weitere Interventionen offen
Bundesrat vertröstet auf die nächste
Woche

Stichworte

Europäische Zentralbank

Euro


Dort versucht man offen, die Schulden wegzuinflationieren. Das geht im Eurosystem auch gar nicht.

Funktioniert Ihrer Meinung nach die Methode, selbst mitten in der Krise harte Sparmassnahmen vorzunehmen?

Es gibt gar keine andere Alternative, wenn ein Land deutlich mehr ausgibt, als es an Einkommen generiert. Das ist zum Beispiel in Griechenland der Fall.

Anders als in Griechenland steht Italien abgesehen von den nun extrem hohen Zinsen weit besser da. Das Land schreibt sogar Primärüberschüsse. Wenn ich Sie recht verstehe, erwarten Sie auch von Italien jetzt harte Sparschnitte.

Solche sind ja bereits aufgegleist und die EU sowie der IWF werden das überwachen. Italien hat jetzt keine andere Wahl.

Befürchten Sie in Italien nicht auch wie in Griechenland eine vergrösserte politische Instabilität begleitet von Massenprotesten?

Natürlich werden sich die Leute wehren, wenn sie mehr Steuern bezahlen müssen oder länger arbeiten müssen. Das ist in einer Demokratie doch normal.

Sie?

Dieser Zinssatz ist eindeutig zu hoch.

Was kann getan werden? Selbst in seiner gehebelten Form gilt der Euro-Rettungsfonds (EFSF) nicht als glaubwürdig genug, um Italien ebenfalls beizuspringen.

Tatsächlich ist die Verschuldung Italiens viel zu gross für den Rettungsfonds, auch wenn er gehebelt ist.

Was halten Sie vom Argument, dass die Europäische Zentralbank energischer eingreifen soll, wie es viele angelsächsische Ökonomen fordern?

Die EZB greift fast schon mit skrupelloser Brutalität in die Märkte ein, wenn es gilt, das Gesamtsystem zu stabilisieren.

Viele meinen, die EZB tue es mit angezogener Handbremse. Insbesondere in Deutschland gibt es grosse Widerstände.

Natürlich gibt es politische Diskussionen. In Europa herrscht grundsätzlich eine andere Ansicht darüber vor, wie mit dem Verschuldungsproblem umgegangen werden kann als in den angelsächsischen Ländern.

Was passiert, wenn sich die Entwicklung an den Märkten weiter verschärft?

Letztlich sitzt die Politik am längeren Hebel. Das hat sie schon im Fall von Griechenland, Irland und Portugal gezeigt, wo die Kapitalmärkte faktisch ausgehebelt wurden.

Welche Prognose für die nächste Zukunft zeichnen Sie?

Was sich aktuell abspielt, hat eine weit grössere Bedeutung als die Frage, was der Herr Berlusconi oder der Herr Papandreou denn als Nächstes gerade tut. Jetzt tun sich grundlegendere Fragen auf: So etwa danach, wie der Kapitalismus künftig aussieht. Oder etwas technischer formuliert: Wie künftig die Allokation von Kapital organisiert wird. Denn es bleibt offen, wie viele Banken Europas nach dieser Entwicklung der Staatsanleihen verstaatlicht werden müssen. Denn die müssen die aktuell stark gesunkenen Anleihepreise zu ihrem tiefen Marktwert in ihren Bilanzen ausweisen.

(Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 09.11.2011, 13:28 Uhr

Alle Kommentare anzeigen